

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verlagsdruckerei: Nachrichten Dresden
Herausgeber: Hermann Kuntze
Redaktion: Friedrichstraße 10
Druck: K. L. Marienstraße 24/25

Bezugspreis vom 1. bis 15. März 1930 bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus 1,70 RM.
Einzelnummer 10 Pf., außerhalb Dresdens 15 Pf. Anzeigenpreis: Die Anzeigen werden nach
Schwarz berechnet: die einseitige 30 mm breite Zeile 35 Pf., für auswärts 40 Pf. Familien-
anzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt 15 Pf., außerhalb 20 Pf., die 90 mm breite Reklamette
200 Pf., außerhalb 250 Pf. Offertengelb 30 Pf. Nachträgliche Beiträge gegen Vorauszahlung

Druck u. Verlag: Siepich & Reichardt,
Dresden, Wilschdorf-Str. 1068 Dresden
Nachdruck nur mit druck. Quellenangabe
(Dresdn. Nachr.) zulässig. Unberlangte
Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Diastik der kommunistischen Aufrehrerke

Die Ordnung im ganzen Reichsgebiet gesichert

Geschickerte Demonstrationsversuche in Berlin

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung
Berlin, 6. März. Der Versuch der kommunistischen Partei, am 6. März die „Massen“ gegen die bestehende Staatsgewalt zu mobilisieren, ist recht glücklich gescheitert. Es gab zwar, wie es dem Willen der kommunistischen Drahtzieher entsprach, Zusammenstöße mit der Polizei, es gab Verletzte und sogar Todesopfer, es gab auch Verhaftungen in beträchtlicher Zahl, aber die Kommunisten haben sich nicht, wie sie es vor hatten, auf der Straße behaupten können. Der 6. März bedeutet für die kommunistische Partei und ihre geistigen Oberhäupter in Moskau den

Tag einer ganz empfindlichen Niederlage,
vor allem deshalb, weil es den Kommunisten gar nicht gelang, Kämpfer für ihre Sache in genügender Zahl zusammenzubringen. Sehr bezeichnend ist, daß die von den Kommunisten so sehr begehrteten Zusammenstöße mit allen Mitteln der Verhöhnung erstrittenen Zusammenstöße mit der Polizei erst am Nachmittag und am Abend zustande kamen.

Der angekündigte Zugang von auswärtigen Kommunisten nach Berlin hielt sich in ganz geringen Grenzen. An den Arbeitsschwestern bildeten sich in der Mittagsstunde Aufmärsche von etwa 200 Personen. In der Gormannstraße mußte mit dem Gummiknüppel vorgegangen werden, da

Beamte mit Steinen beworfen worden waren.

An der Lindenstraße wurde ein Beamter durch Schläge am Kopfe und an den Beinen verletzt.

Die Aktivität der Kommunisten setzte dann unter dem Schutze der Dunkelheit ein.

An den verbotenen Umzügen, die sporadisch in allen Teilen der Stadt ausbrachen, beteiligten sich vor allem Mitglieder der antifaschistischen Jungen Garde und rote Frontkämpfer in der verbotenen Uniform. Die Taktik der Kommunisten ging auch diesmal wieder dahin, die Polizei an möglichst vielen Stellen zu beschäftigen.

In Charlottenburg wurden Polizeibeamte durch kommunistische Demonstranten so bedrängt, daß sie scharfe Schüsse abgeben mußten. Drei Personen wurden hier verletzt. Aus einem Zug von etwa 200 Kommunisten, vorzugsweise halbwüchsigen Burschen und Mädchen, fielen die Burschen über zwei Beamte her. Der eine wurde zu Boden geworfen und

mit Schlagringen und Stahlruten bearbeitet, so daß er in wenigen Sekunden blutbedeckt und bewegungslos liegen blieb.

Dem am Boden Liegenden wurden Revolver und Gummiknüppel sowie das Seitengewehr entzogen. Auch der zweite Polizeibeamte wurde zu Boden geschlagen, konnte aber noch im letzten Augenblick seinen Revolver ziehen und feuerte auf die auf ihn einschlagenden Nubel aus fünf Schüssen ab. Einer der Burschen erhielt einen Bauchschuß, ein zweiter einen Oberarmerschuß, so daß beide zu Boden stürzten.

Auf die Schiffe hin zerstoßen die Demonstranten.

Gegen 6 Uhr nachmittags bildete sich an der Ecke der Leipziger und Friedrichstraße ein aus etwa 100 Personen bestehender Demonstrationszug, dessen Mitglieder sich auf einen dort stehenden Polizeibeamten stützten. Der Beamte geriet in so schwere Bedrängnis, daß er mehrere Schreckschüsse abfeuern mußte. Einer davon

traf einen Demonstranten, der tot zu Boden stürzte.

Gegen 9 Uhr abends versuchten Demonstranten im Zentrum, an der Münzstraße, Ecke Alte Schönhauser Straße, eine Baracke zu bauen. Sie schafften Müllkästen, Steine und Bretter herbei und löschten die Straßenlaternen aus. Beim Erscheinen der Polizei flüchteten die Täter.

In Schöneberg hatten sich 300 bis 400 Kommunisten zusammengetrotet. Die Beamten wurden mit Steinen beworfen, mehrere Fenster scheiben zertrümmerte und zu plündern versuchte. In Neutölln legten Kommunisten etwa

60 Anallapeln in die Straßenbahnschienen, die beim Vorüberfahren eines Wagens dann mit lautem Knall explodierten. Die Täter entkamen, als die Polizei anrückte. Irrenden Schanden entkamen dadurch nicht.

Nur nach Mitternacht mußte die Polizei noch zu einer Säuberung der Müllackstraße und der Schendelgasse schreiten. In den beiden Straßen hatten die Demonstranten sämtliche Lampen ausgebrochen, so daß es stockfinster war und man in der engen Gasse kaum zehn Schritte weit sehen konnte. Mehrere Soldaten wurden durch die Straße gefeuert. Beim Einbringen fand die Schupo auf den Strahndamm zahlreiche zerstörte Verkehrsschilder und Bretter vor, die von den Demonstranten auf die Straße geworfen worden waren. Als die Polizei nach der Säuberungsaktion abrückte, wurden ihr aus dem Dunkel heraus Schüsse nachgeschaut. Gegen 1 Uhr schien es, als ob endlich die Ruhe eintreten sollte.

Im ganzen Reich

ist der kommunistische „Weltkampf“ im allgemeinen recht ruhig verlaufen. Von Süddeutschland liegen nur Berichte aus München vor, nach denen das Arbeitsamt mit Gewalt von Kommunisten überfallen wurde. Im Westen ist es zu Zusammenstößen gekommen in Düsseldorf, Köln, Gladbach, Buer, Essen, Sterkrade u. a. In Wittenberge räumte die Potsdamer Polizei auf, in Hamburg wurde sie schnell mit den schwach besetzten Demonstrationen fertig. In Böttingen wurde im Staatsgymnasium eine geheime kommunistische Druckerei aufgehoben.

In Breslau, Schneidemühl, ferner in Königsberg und Danzig fanden zwar Kundgebungen statt. Allenfalls wurden die Sitzungen vorgenommen, Verlegungen durch Steinwürfe, Schlagwaffen und Messerstiche kamen mehrfach vor, doch blieb die Polizei überall Herr der Lage.

Curtius verteidigt den Tributplan

Die Haager Gesetze in zweiter Lesung vor dem Reichstag

Stimmungsbild unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 6. März. Als heute der Reichstag in die zweite Lesung des Youngplans eintrat, war in den Wandelhallen längst bekannt, daß Großadmiral v. Tirpitz heute früh gestorben ist. Das Haus trat in die Debatte ein, ohne seiner auch nur mit einem Wort zu gedenken. Mag sein, daß sich demnach der Reichspräsident Eöde damit entschuldigt, ihm habe die Nachricht noch nicht vorgelegen. Höchstwahrscheinlich wird er, danach gefragt, aber sagen, daß Tirpitz heute nicht mehr aktives Mitglied des Reichstages wäre und daß es deshalb nicht den Gepflogenheiten dieses Hauses entsprächen hätte, seiner zu gedenken. Dieses Hinweggehen über einen Mann, der gerade im Hause des deutschen Volkes vor dem Kriege eine leidenschaftliche Rolle gespielt hat und der auch nach dem Kriege in den Bankrotten der Abgeordneten geleistet hat, ist ein Gleichnis für die Stimmungslage, in der man in die weiteren Youngplanberatungen eingetreten ist. Vielleicht wird man zugeben dürfen, daß es Herrn Eöde schwer geworden wäre, das rechte Wort für diesen viel verehrten Mann zu finden. Daß man aber mit Schwellen über diesen Todesfall hinweggeht, wird man unserem Reichsparlament anzukreiden haben. Weil es den Wehrwillen in seiner Mehrheit nicht mehr kennt, glaubt es prominente Träger des Wehrgedankens nicht einmal mehr in Tode ehren zu brauchen.

Die Debatte selbst ist matt und farblos.

Die Parteien haben sich rings um das Finanzprogramm müde geredet und folgen deshalb den gewis nicht unsubstanzvolleren Ausführungen der Redner nur in spärlicher Anzahl. Was der Zentrumsbabgeordnete von Oberschlesien, Ullrich, zu sagen hatte, hatte den Charakter einer deutschen nationalen Oppositionsrede in Moskau. Seine Einwände insbesondere gegen das Polenabkommen hätten von keinem rechtsstehenden Redner prägnanter herausgearbeitet werden können. Aber was nützt es schließlich, wenn er noch so oppositionell redet und sich gleichzeitig darüber ausdrückt, ob man auch oppositionell handeln will? Ullrich ging mit einem Schlüsselwort über die Zukunft von rechts hinweg, die ihn be-

fragten: Warum stimmen Sie denn für das Polenabkommen, wenn Sie grundsätzlich dagegen sind?

Man glaubt dem Zentrum seine Opposition nicht mehr und aus der Regierungsbank wurde seiner unruhig, als Ullrich wohlüberdachtes Material vorbrachte.

Den obersteilischen Prälaten löste der deutshationale Wirtschaftsmann und Abgeordnete Dr. Reichert ab. Das Haus war inzwischen noch leerer geworden und, abgesehen von den Rabinetsmitgliedern auf der Ministerbank, unter denen auffällig blieb und mitgenommen der Reichsaussenminister — kaum wieder gesehen — sah, waren eigentlich nur Reicherts Parteifreunde anwesend. Gerade die Koalitionsparteien hätten allen Grund gehabt, ihm aufmerksam zuzuhören. Es war eine leidenschaftliche Rede, aber wohlüberdacht und aus Gesichtspunkten eines um die Zukunft der Wirtschaft Deutschlands schwerbedornten Mannes mit reichhaltigem Material versehen. Aber

all dies scheint an der Regierungsbank abzurufen. Für das Kabinett sind diese Fragen mehr oder weniger erledigt; die Diskussion ist für die Regierung Müller-Franken abgeschlossen.

Wenn Dr. Curtius sich trotzdem noch einmal zu einer Gegentrede erhob, so war dies kaum viel mehr als ein formeller Akt.

Seine Begründungen waren dieselben wie vor drei und vier Wochen. Neue Gedanken tauchten nicht auf. Prognosen über die Erfüllbarkeit des Youngplans lehnte er grundsätzlich ab, und er begnügte sich schließlich damit, die Gefahren eines Nein mit großen Farben an die Wand zu malen. Als sich dann für die Sozialdemokraten der alte David erhob, fiel das Plenum in seine Verhargie zurück.

Im Grunde könnte man schon jetzt in zweiter und dritter Lesung die Abstimmung vornehmen, wenn nicht das Zentrum vorher auch die Bindung der Parteien auf das Finanzprogramm Wolbenhauers herbeiführt wissen wollte. Das sind aber für heute und die nächsten Tage die Hauptaufgaben unserer Regierenden und der hinter ihnen stehenden Parteien. Youngplan im Reichstag? Der Youngplan ist zur Stunde nicht „gelöst“; unsere Fraktionen sind mit interparlamentarischem Auhandel zu stark besetzt.

(Reichstags-Sitzungsbericht siehe Seite 2)

Die Aufgabe

Wenn drei Deutsche zusammenkommen, haben sie bekanntlich vier Meinungen. Die Fraktionen der Großen Koalition können sich also immerhin als stolze Phariseer fühlen. Sie sind ihrer fünf und haben nur vier Vorschläge gemacht, wie man das Defizit des Reichshaushalts beseitigen könnte. Ja, noch mehr! Ihre Exponenten, die Minister, haben sich sogar geeinigt. Zwar auf ein schlechtes Kompromiß. Aber immerhin, nach all dem verweigerten Hin und Her der letzten Wochen will es schon etwas bedeuten, daß eine Einigung überhaupt zustande gekommen ist. Freilich, so ganz freiwillig ging das nicht. Der Youngplan, über dessen Annahme in Kabinett und Mehrheitsparteien Uebereinstimmung herrscht und der der einzige Kitt für das Zusammenhalten der längst brüchig gewordenen Koalition ist, hat das Wunder bewirkt. Er muß in kürzester Frist angenommen werden, sollen die Räumungstermine nicht hinaufgerückt werden. Andererseits besteht das Zentrum auf vorheriger Klärung der Finanzlage. Es mußte recht gut, daß eine Einigung über die Deckung des Defizits nach der Ratifizierung des Tributabkommens so auf wie aussichtslos war. Dazu waren die Gegensätze innerhalb der Koalition zu scharf geworden. Wenn etwas erreicht werden konnte, so nur unter dem Druck, der aus der Gefahr der Situationshergung der Räumungsfrist entstand. So wurde unter dem allgemeinen Aufatmen des Landes die Deckung des Defizits erzwungen. Aber, aber! Manche Hoffnung auf Steuererleichterung, die im Herbst 1929 aus den sogenannten Youngplanerleichterungen noch genährt wurde, ist für dieses Jahr endgültig zerfallen. Und das Kompromiß selbst ist ein Triumph der Sozialdemokratie über die Wirtschaftsverunst. Man darf sich darüber trotz des programmatischen Versprechens der sozialdemokratischen Fraktion über die angeblich völlig ungenügende Berücksichtigung ihrer Wünsche nicht täuschen. Wenn auch das Notopfer durch die entschiedene Haltung der Deutschen Volkspartei dem Namen nach in der Verlesung verschwunden ist, so darf man doch nicht vergessen, daß es in maskierter Form und mit etwas anderer Verteilung seine Auferstehung gefeiert hat. Denn die Industriebelastung, die nach dem Erlaß des Dawespaktess ihren Sinn verloren hat und die nach den ausdrücklichen Forderungen der Sachverständigen des Youngplans aufgehoben werden sollte, wird weiterbestehen bleiben. Allerdings, sie wird von 300 auf 250 Millionen Mark senkt. Aber die 20 Millionen, die auf diese Weise der Industrie angeblich zugute kommen, sind nur ein jämmerliches Schmerzensgeld für den Verlust der Sicherheitsreserve im Betrage von 70 Millionen, die die Industrie mit dem ausdrücklichen Recht auf Rückzahlung aufzubringen hatte. Diese 70 Millionen werden für die Arbeitslosenversicherung und Staatszwecke verwendet. Damit wächst der Anschlag des Reiches zur Reichsversicherungsanstalt auf 200 Millionen an. Den Rest von 50 Millionen soll die Reichsanstalt nach eigenem Ermessen entweder durch Reformen oder durch Beitragserhöhungen ausgleichen. Die volksparteiliche Forderung, der Reichsanstalt die volle Selbständigkeit zu geben und sie von Reichssubsidien zu lösen, ist also nicht im entferntesten erreicht worden. Sanierung und Reform der Versicherung ist auf weite Frist vertagt worden. Bereits befürchtete Wirtschaftssachverständigen, es würde der Versicherungsanstalt im laufenden Jahre nicht gelingen, mit den vorgelegenen Zuschüssen ohne abermalige Beitragserhöhung auszukommen. Dies und die Verkürzung der Fristen für die Steuererleichterung bedeuten zweifellos eine angeht der schweren Wirtschaftskrise ernst zu nehmende Neubelastung der produktiven Kräfte unseres Landes. In dem Verbrauch der Reserve der Bank für Industrieobligationen liegt ferner eine weitere Schwächung des Kapitalbildungsprozesses, den zu fördern erste Voraussetzung jeder Finanzreform sein sollte. Was also erreicht worden ist, ist nicht mehr als eine Notdeckung des Defizits auf dem Wege neuer Besitz- und Verbrauchsteuern, von denen die Biersteuer in Höhe von fast einer Viertelmilliarde zweifellos nicht nur den Konsumieren stark belasten wird, sondern auch vor allem die kleineren Brauereien, die mit ihnen ena verbundene Landwirtschaft und das Gastwirtschaftsgewerbe, also einen nicht unwesentlichen Teil des in sich schwer bedrängten Mittelstandes. Nichts wird getan, um die zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit dringend

Heute: **D.N.** - Kraftfahrer
Seite 11 bis 13